

Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 13. März 2008,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

38. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr.

Ende der Sitzung: 16.47 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 37. Sitzung des Gemeinderates vom 28.01.2008 liegt zur Einsichtnahme auf.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 06.03.2008 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
DI-Verf-007-2008

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem Verzicht von Frau Gemeinderätin Ing. Hüda Rende war deren Mandat neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Herr August Tesarsch in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Berufung angenommen hat. Die vorgeordneten Ersatzmitglieder Dr. Friedrich Ganzert, Silvia Huber, Franz Kirchgatterer, Friedrich Maderthaler, Franz Schiehauer, Johann Danilov, Günter Spitzer, Birgit Edeneicher, Renate Schumm, Mag. Otmar Kern, Johann Gander, Ilse Gruber-Hoflehner, Elke Lindlbauer, Klaus Schininger, Stefan Sams, Bernd Zeilberger, Monika Köck und Erich Maitner haben auf eine Nachberufung verzichtet, Monika Krausz ist am 28.03.2007 verstorben. Das neue Mitglied des Gemeinderates ist in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes für die Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich darf sie daher bitten, dass wir uns alle von den Plätzen erheben. Und den Herrn Magistratsdirektor möchte ich um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

MD. Dr. Schweiger liest die Gelöbnisformel wie folgt vor:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Herr August Tesarsch leistet anschließend das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke und ersuche darum, wieder Platz zu nehmen.

Ich darf mir erlauben, dich recht herzlich in unserer Mitte willkommen zu heißen und ersuche dich, dass du so wie alle anderen Gemeinderatsmitglieder mit großem Engagement für die Stadt Wels tätig bist. Herzlich willkommen und alles Gute!

Mitteilung des Bürgermeisters

Forschungsprojekt „Politische Verantwortungsträger in Europa“:

Bgm. Dr. Koits: Viele von ihnen haben bereits vor etwa einem Monat ein Mail von Herrn Professor Dr. Werner Pleschberger vom Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität für Bodenkultur in Wien erhalten.

Es geht darum, dass auch sie sich an einer Befragung politischer Verantwortungsträger in 17 europäischen Ländern beteiligen mögen. Heute wurden ihnen die Fragebögen samt Anschreiben auf ihre Plätze gelegt und ich darf sie ersuchen, so wie das auch der Österreichische Städtebund macht, dieses Projekt entsprechend zu unterstützen.

Damit die Anonymität absolut gewahrt bleibt, darf ich sie darum bitten, die ausgefüllten Fragebögen direkt an die Adresse, welche am Anschreiben angeführt ist, zu retournieren.

Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Während zur „Aktuellen Stunde“ kein Themenvorschlag eingebracht wurde, habe ich gleich vier Dringlichkeitsanträge bekommen, nämlich einen von der SPÖ und drei von der ÖVP. Bei all diesen Anträgen sind meines Erachtens die Formerfordernisse gegeben.

Ich werde ihnen die einzelnen Anträge nunmehr zur Kenntnis bringen und wenn von ihnen die Dringlichkeit zuerkannt wird, erfolgt nach der eigentlichen Tagesordnung die Behandlung der Sachanträge.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend die Darlehensmodalitäten nach den Wohnbauförderungsgesetzen:

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag samt Resolution zur Kenntnis und stellt fest, dass keine Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit gegeben ist.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

GR. Dr. Rabl ist bei o.a. Abstimmung noch nicht in der Sitzung anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Straßenbenennungen nach Frauen:

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis und stellt fest, dass auch hiezu keine Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vorliegt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

GR. Dr. Rabl ist bei o.a. Abstimmung noch nicht in der Sitzung anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verlegung des „Zentralen Busbahnhofes“ vom Kaiser-Josef-Platz zum Hauptbahnhof:

Bgm. Dr. Kotis verliert den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag und stellt in weiterer Folge fest, dass auch hiezu keine Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vorliegt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

GR. Dr. Rabl ist bei der o.a. Abstimmung noch nicht in der Sitzung anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Setzung von Maßnahmen zur Senkung der Betriebs- und Verwaltungskosten für Mietwohnungen:

Bgm. Dr. Koits verliert letztlich auch den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag, zu welchem genauso keine Wortmeldung hinsichtlich Begründung der Dringlichkeit vorliegt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

GR. Dr. Rabl ist bei o.a. Abstimmung noch nicht in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-061-2008

Bgm. Dr. Koits: Erst vor wenigen Minuten wurde das neue Mitglied des Gemeinderates angelobt und es ist nun auch noch erforderlich, verschiedene Plätze in den Ausschüssen nachzubesetzen.

Hinsichtlich dieser Nachwahl gibt es einen Wahlvorschlag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, die in diesem Fall zur Nachnominierung berechtigt ist.

Es gibt hierzu auch einen Amtsbericht (Anlage 5), der ihnen allen aufgelegt wurde.

Ich ersuche also um Durchführung der Abstimmung.

Der Wahlvorschlag (Anlage 6) wird in Fraktionswahl durch Erheben der Hand

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 71) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 48)
BZ-BauR-3513-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 28.02.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (71. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (48. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Dr. Rabl ist bei der Abstimmung zu Punkt 2. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 73)
BZ-BauR-3520-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 28.02.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (73. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Dr. Rabl ist bei der Abstimmung zu Punkt 3. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 215/H.2 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-3709-2006, miterledigt:
BZ-BauR-3710-2006

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 28.02.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 215/H.2 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Dr. Rabl ist bei der Abstimmung zu Punkt 4. der Tagesordnung noch nicht in der Sitzung anwesend.

5.)

Gesundheitsdienst der Stadt Wels;
Neuunterbringung;
Abschluss eines Mietvertrages mit der Gemeinn. Welser Heimstättengenossenschaft
SB-GM-19-2008

GR. Dr. Rabl kommt während der Berichterstattung des Referenten zu Punkt 5. der Tagesordnung um 15.23 Uhr zur Sitzung.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 28.02.2008, der Gemeinderat möge den als Anlage 10 beigefügten Vertragsentwurf, betreffend die Einmietung des städtischen Gesundheitsdienstes in das Objekt Wels, Rot-Kreuz-Straße 3, der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Bernhard Wieser

6.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels nach dem O.ö. Abfallwirtschaftsgesetz;
Maßnahmen- und Finanzplan für das Arbeitsjahr 2008;
Genehmigung
SB-Awi-527-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 03.03.2008:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4609 Thalheim, Ägydiplatz 4, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan für das Arbeitsjahr 2008 (Anlage 11) wird in einem Rahmen von € 56.940,- mit den monatlichen Akontozahlungen von € 4.745,- (alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt) genehmigt.

GR. Ing. Kreisel: Durch diesen Punkt betreffend „Maßnahmen- und Finanzplan für das Arbeitsjahr 2008“ fühlt sich die Österreichische Volkspartei bestätigt. Wir freuen uns, dass vier Monate nach der Präsentation unseres Müllinsel-Checks und des von uns vorgeschlagenen 10-Punkte-Programms endlich wichtige und dringende Anliegen für die Welser Bevölkerung umgesetzt werden sollen. Es sind dies die Errichtung neuer Sammelstellen, die Neustrukturierung von Altstoffsammelstellen im Stadtteil Vogelweide, die Einführung neuer Info-Tafeln, die Fotodokumentation zum bestehenden Sammelstellennetz.

Im § 15 Oö. AWG sind die Aufgaben der Stadt Wels im Bereich der Altstoffsammlung und der Aufstellung von Sammelbehältern festgelegt. Der Bezirksabfallverband umfasst den Verwaltungssprengel der Stadt Wels und jeder BAV ist zur Errichtung einer Geschäftsstelle und zur Ausstattung mit Personal verpflichtet. Die Sach- und Personalkosten werden durch Einnahmen aus dem Abfallwirtschaftsbeitrag gedeckt.

Die Verpackungssammlung liegt seit 1993 in den Händen der verpflichteten Wirtschaftskreise. Die Sammlung der Leichtverpackungen – das sind Kunststoffe und Metallverbunde – erfolgt in ca. 16.000 Haushalten als Gelber-Sack-Sammlung.

In einigen Bezirken zeigte sich, dass eine weitere Einschränkung der Sammlung bei den Depot-Containerstandplätzen aus Metall, Glas und Textilien zu einer deutlichen Verringerung der Standplatzverunreinigungen führte. Generell hat sich die Umstellung des Sammelsystems für Altpapier in der Nähe der jeweiligen Wohnhäuser bewährt. Über teure und innovative Lösungen wie Unterflurcontainer liegen noch keine Erfahrungsberichte aus Oberösterreich vor.

Zu den Leistungen der Bezirksabfallverbände zählen vor allem die Information und die Beratung der Haushalte sowie Organisation der Abfallsammlung. Für die Verwertung von Altstoffen stellt die getrennte Sammlung eine Grundvoraussetzung dar. Die dezentralen Sammelstellen für Altstoffe über die Containersammlung ergänzen die zwei zentralen Sammeleinrichtungen – die ASZ – in Wels. Das aufgestellte Papierbehältervolumen hat sich in Wels von 57 Kilogramm pro Einwohner im Jahr 1996 auf 93 Kilogramm pro Einwohner im Jahr 2006 erhöht. Der Aufbau des Altglasbehältersystems in Oberösterreich ist weitgehendst abgeschlossen. Insgesamt wurden im Jahr 2006 pro EinwohnerIn über 1.000 Liter Altpapier, etwa 130 Liter Altglas und 80 Liter Altmetall abgeholt. Die Abholung von Altstoffen aus größeren Betrieben wird über Sammelsysteme der Wirtschaft organisiert.

Für eine optimale Abfallsammlung ist daher jede Sammelstelle mit klaren Hinweisschildern und Zeichenerklärungen auszustatten, eine detaillierte Standortanalyse ist durchzuführen und vor allem in den Stadtteilen Vogelweide und Neustadt sind neue Altstoffsammelstellen zu errichten und bestehende zu adaptieren. Dabei ist insbesondere auf die Erreichbarkeit im Umkreis von 500 Metern und auf die Aufstockung des Reinigungspersonals zu achten.

Die Welser Volkspartei stimmt dem Maßnahmen- und Finanzplan 2008 zu, da unbedingt weitere Schritte in diese Richtung folgen müssen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

7.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;
Tätigkeitsbericht 2007
SB-Fw-9-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 03.03.2008:

1. Der als Anlage 12 beigefügte Jahresbericht 2007 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2007 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Pernkopf: Im Namen der ÖVP-Fraktion darf ich vor allem der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, aber auch den Betriebsfeuerwehren Fritsch, EuroSTOP sowie der neu gegründeten Betriebsfeuerwehr AVE den besonderen Dank aussprechen.

Wie wir dem Tätigkeitsbericht der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels entnehmen können, hat diese im Jahr 2007 insgesamt 2.612 Einsätze geleistet und sie erbringt somit als Leit- und Großfeuerwehr herausragende Dienste für die Bevölkerung der Stadt Wels, aber auch für die Bevölkerung der angrenzenden Nachbargemeinden. Nicht nur 131 Brandeinsätze und 1.172 technische Einsätze, davon allein 200 Liftbefreiungen von Personen zeigen, welches Leistungspotenzial die Feuerwehr der Stadt Wels aufweist. Oftmals geraten Menschen in unserer Stadt in dramatische Ereignisse, etwa durch Unfälle, schwere Verletzungen oder gar Todesfälle. Auf die von Herrn Ing. Franz Humer ausgezeichnet geführte Mannschaft ist jedenfalls Verlass.

In jüngster Zeit haben leider besonders die Stürme Kyrill, Paula und Emma gezeigt, wie schnell man in die Lage kommen kann, die Hilfe der Feuerwehr beanspruchen zu müssen. „Schnell, professionell, freiwillig“, dieses Motto der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die Vorbildwirkung für die Jugend, die Schulung von Zivilpersonen und anderen, besonders auch die Öffentlichkeitsarbeit der Freiwilligen Feuerwehr sollen unserer Meinung nach weiterhin wichtige Bestandteile der Arbeit der Feuerwehr sein.

Die Betriebfeuerwehren Fritsch und EuroSTOP sowie die neue Wehr der AVE bilden im Zusammenwirken mit der Freiwilligen Feuerwehr Wels ein verbessertes Sicherheitsgefühl für unsere Welserinnen und Welser. Durch die Betriebsfeuerwehren kann in großen Betrieben der oftmals entscheidende Erstangriff bei einem Brandausbruch oder einem technischen Ereignis rascher oder zeitgerechter gesetzt werden. Damit verbunden kann ein höherer Schaden, aber auch oft größeres Leid verhindert werden.

Wir von der ÖVP Wels bedanken uns nochmals für die ausgezeichnete Hilfe und Arbeit im Dienste der Allgemeinheit. Wir wünschen allen Kameraden und deren Familien ein gesundes bzw. unfallfreies Nachhausekommen von den Einsätzen.

GR. Mag. Lipp: Herr Kollege Pernkopf hat mir schon sehr viel von meinen Ausführungen vorweggenommen. Jedenfalls möchte ich aber namens der SPÖ-Fraktion den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und der Betriebsfeuerwehren Fritsch, EuroSTOP und AVE ein herzliches Danke und unsere hohe Anerkennung aussprechen. Diese Menschen haben sich wirklich eine hohe Wertschätzung verdient und der Kollege Pernkopf hat auch die Familien angesprochen, die dahinterstehen und die bei dieser Gelegenheit nicht vergessen werden dürfen.

Von mir kommt also nochmals ein herzliches Dankeschön und ich sage auch: Alles Gute für die künftige Arbeit.

GR. Ing. Matzinger: Ich möchte mich natürlich auch gern und herzlich im Namen der Freiheitlichen Fraktion für die Arbeit aller Feuerwehrmänner der vier Welser Feuerwehren bedanken.

Ich möchte auch speziell dafür Dank sagen, dass sie die Feuerwehr der Stadt Wels als größte Wehr unten den vier genannten besonders der Jugendarbeit annimmt. Sie gibt damit der Jugend einen gewissen Sinn im Rahmen der Freizeitbeschäftigung und zum

Zweiten werden natürlich neue Feuerwehrmänner und auch Feuerwehrfrauen nachproduziert bzw. ausgebildet. Also, auch für diesen Teil der Arbeit ein herzliches Dankeschön.

Im Übrigen schließe ich mich den Ausführungen meiner Vorredner an.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 19;
Tätigkeitsbericht 2007
SB-Fw-10-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 03.03.2008:

1. Der als Anlage 13 beigefügte Jahresbericht 2007 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2007 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Betriebsfeuerwehr EuroSTOP Wels, Gunschirchener Straße 17 - 19, Wels;
Tätigkeitsbericht 2007
SB-Fw-11-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 03.03.2008:

1. Der als Anlage 14 beigefügte Jahresbericht 2007 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP wird für ihre Leistungen im Jahre 2007 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Betriebsfeuerwehr AVE, Wels, Mitterhoferstraße 100;
Tätigkeitsbericht 2007
SB-Fw-12-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 03.03.2008:

1. Der als Anlage 15 beigefügte Jahresbericht 2007 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr AVE wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr AVE wird für ihre Leistungen im Jahre 2007 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Gerhard Kroiß

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Aufhebung der Gebührenzone Volksgartenstraße und Wiedereinführung der dreistündigen Kurzparkzone
DI-Verf-047-2008

GR. Kroiß: Ich habe bereits in der letzten Gemeinderatssitzung im Rahmen der Behandlung des Straßenbauprogrammes von der Gebührenzone Volksgartenstraße gesprochen bzw. ist mir das nicht ganz so gelungen, wie ich das machen wollte. Es hat nämlich der Bürgermeister verhindert – fast möchte man von SPÖ-typisch reden – dass über dieses Problem eingehender diskutiert werden konnte, indem er meinte, dass es auch sonst sehr viele Möglichkeiten gebe, etwa in Form von Anfragen, über dieses Thema zu sprechen. Nun, wir haben für heute eine dieser Möglichkeiten genützt und diesen Initiativantrag eingebracht.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag selbst haben sie ja sicher schon gelesen und ich möchte jetzt nur noch einige erläuternde Bemerkungen dazu anbringen.

Wir Freiheitlichen haben uns bereits im September 2007 gegen die Erweiterung der Gebührenzone, nämlich unter Einschluss der Nordseite der Volksgartenstraße, ausgesprochen, weil für uns schon damals nicht nachvollziehbar gewesen ist, warum es zu einer solchen Ausweitung der Gebührenzone kommen sollte.

Im Zuge der Umsetzung des Verkehrskonzeptes wurden in diesem Bereich vorerst einmal Parkplätze vernichtet und die weiter im Bestand gebliebenen Parkplätze wurden

als Gebührenzone eingerichtet. Waren diese Parkplätze auch nördlich der Volksgartenstraße sehr gut ausgelastet, als sie noch in den Bereich der Kurzparkzone fielen, so stehen sie jetzt, nachdem sie als Gebührenzone eingerichtet wurden, fast täglich ziemlich leer. Und warum stehen sie täglich fast zur Gänze leer? Es will natürlich keiner für solch einen doch ziemlich abseits gelegenen Parkplatz zahlen.

Als positives Zeichen in diesem Bereich kann man aber die vor gewisser Zeit erfolgte Umstellung der Parkplatzwidmung vor dem X-Garden heranziehen. Hier wurde ein Stück der Gebührenzone ausgesetzt und dafür eine 30-Minuten-Kurzparkzone eingerichtet. Man sieht, dass diese Bemühungen der X-Garden-Kaufleute sehr erfolgreich waren. Und wir sind der Meinung, dass es in Bezug auf die eingerichtete Gebührenzone nördlich der Volksgartenstraße genauso sein sollte. Diese Zone ist nämlich kontraproduktiv zu den Bemühungen der Innenstadt-Kaufleute, mehr Kunden in das Zentrum zu bringen. Es sollten aber auch die Bemühungen der Innenstadt-Kaufleute erfolgreich sein. Deshalb fordern wir, dass in der Volksgartenstraße statt dem Gebührenparken eine dreistündige Kurzparkzone eingeführt wird.

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge daher beschließen, dass die Gebührenzone Volksgartenstraße aufgehoben und dafür wieder eine dreistündige Kurzparkzone eingeführt wird.

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Wir als SPÖ schlagen vor, diesen Antrag (Anlage 16) an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Initiativantrages an den Finanzausschuss zu weiteren Beratung wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
bei 4 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dr. Andreas Rabl

12.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Aussetzung der Indexierung der Gebühren
DI-Verf-063-2008

GR. Dr. Rabl: Wir sind der Meinung – es waren ja auch die Medien zuletzt voll derartiger Meldungen – dass wir zur Zeit mit einer Inflation konfrontiert sind, wie sie in Österreich schon seit Jahrzehnten nicht vorhanden war. Insbesondere der oberöster-

reichische Raum bzw. die oberösterreichische Bevölkerung ist davon besonders betroffen. Die Bundespolitik hat sich dazu einiges überlegt, üblicherweise wurde aber nichts davon umgesetzt.

Wir sagten uns deshalb, dass wir auf Gemeindeebene selbst schauen müssten, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um entsprechende Schritte zur Inflationsbekämpfung durchzusetzen. Dabei kamen wir drauf, dass es in Wels zahlreiche Gebühren gibt, die indexgesichert sind und wozu wir der Meinung sind, dass die Indexanpassung ausgesetzt werden kann. Das insbesondere auch deshalb, weil zumindest teilweise bei den Gebühren ohnehin schon eine Kostendeckung vorliegt und die Stadt Wels aus diesen Gebühren sogar Gewinne erwirtschaftet. Und dazu sagen wir, dass es in Zeiten wie diesen, in welchen es eine derart hohe Inflation gibt, zu einer Aussetzung der Indexanpassung kommen muss. Ich habe dazu auch einige Zahlen, die ich ihnen jetzt nennen darf.

Wir wissen, dass der Wohnungsaufwand zwischen den Jahren 2000 und 2007 um sage und schreibe 25 % angestiegen ist. Wenn man bedenkt, dass in diesem Zeitraum die Nettopensionen nur um 4 % gestiegen sind, kann man daraus ganz leicht ersehen, wie sehr den Leuten durch diese Inflation in die Taschen gegriffen wird und wie sehr es gerade die kleineren Einkommensbezieher notwendig haben, dass man sie unterstützt, und zwar aktiv unterstützt.

Wir sind deshalb der Meinung, dass die Indexierung ausgesetzt werden soll und wir sind auch der Meinung, dass die stadteigenen Betriebe keine Indexerhöhungen durchführen dürften.

GR. Wildfellner: Ich möchte sehr wohl betonen, dass wir als SPÖ-Fraktion diesen Antrag durchgearbeitet haben, obwohl ich mir eigentlich nicht so sicher darin bin, ob wir das wirklich tun hätten müssen. Dies deshalb, weil ja Gebühren nicht indexiert sind. Ich nehme somit an, dass sie mit ihrem Antrag die Indexierung der Tarife ansprechen und unter dieser Annahme werde ich jetzt doch in meiner Wortmeldung fortfahren.

Wir stimmen in diesem Punkt sehr wohl mit ihnen überein. Es ist wirklich so, dass es dringend geboten erscheint, kleinere und mittlere Einkommensbezieher aufgrund der starken Inflation zu entlasten. Und diesbezüglich meine ich, dass es seitens unserer Partei in der Bundesregierung ganz gute Ansätze gäbe.

Eine Begründung dafür, dass wir dem heute vorliegenden Antrag nicht zustimmen können, besteht darin, dass wir im Dezember ein Doppelbudget beschlossen haben und diese Indexierungen einnahmenseitig in den Budgets eingerechnet sind. Und ich vermisse angesichts dessen bzw. angesichts ihrer Forderung einen Vorschlag dahingehend, wie eine solche Einnahmenminderung ausgabenseitig aufgefangen werden sollte.

Zum Zweiten hätten wir es hier mit einer Aussetzung zu tun, wobei doch die Sache mit dem Aussetzen von Indices jene ist, dass ich sie irgendwann wieder aufrollen muss. Solch eine Aufrollung wirkt sich dann allerdings kräftiger aus als eine sukzessive Indexanpassung. Abgesehen davon wird damit das Problem eigentlich nur prolongiert.

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Das ist wieder ein sehr interessanter Antrag seitens der FPÖ. Ich habe dazu mit Interesse die Interpretation durch die Kollegin Wildfellner gehört und ich muss gestehen, dass auch ich darüber rätsle, was dieser Antrag soll oder was damit gemeint ist. Wenn nämlich im Antrag steht, dass man die Indexierung

von Gebühren aufheben oder untersuchen möge, wo überhaupt bei den Gebühren solche Indexierungen gegeben sind, dann hat man doch meiner Ansicht nach mit einer solchen Überprüfung zunächst einmal gar nichts erreicht, nämlich in Richtung dessen, was man als Begründung für diese Vorgangsweise angibt. Tatsache ist doch, dass es eine automatische Erhöhung oder Indexierung von Gebühren gar nicht gibt, sondern dass es für die Vornahme von Gebührenerhöhungen immer wieder der entsprechenden Beschlüsse durch den Gemeinderat bedarf. Das heißt somit, dass der Antrag als solcher für uns zunächst gar nicht schlüssig ist.

Natürlich – da gebe ich dir Recht – ist es angesichts der Schere, die sich aufgrund der hohen Inflation auftut, notwendig, entsprechende Maßnahmen sowohl auf Bundes-, als auch auf Landes- und Gemeindeebene zu ergreifen. Wenn man also den Antrag der FPÖ, der FPW oder des BZÖ – egal, wie man sich gerade nennt – wohlwollend interpretiert und sagt, na ja, schauen wir also darauf, dass in Zeiten, in denen die Inflation eine große Belastung für viele Welserinnen und Welser darstellt, darauf, dass die Gebühren nicht unbedingt erhöht werden, dann greift das für mich ein bisschen zweidimensional bzw. stellt das nicht die Lösung aller Dinge dar. Erhöht man nämlich die Gebühren zumindest für einen gewissen Zeitraum nicht mehr, so könnte man damit meinen, dass bisher diverse Gebühren ungerechtfertigterweise eingehoben wurden. Da wurde doch irgendwo gesagt, dass Gebühren eingehoben werden, um Gewinne für die Stadt zu maximieren, aber dazu sei doch festgestellt, dass Gebühren dazu da sind, eine Kostenabdeckung für Leistungen zu bekommen, die für den Privaten oder für die Allgemeinheit erbracht werden. Und würde man bei den Gebühren nicht der Wertentwicklung Rechnung tragen, blieben die Kosten irgendwo hängen. Das würde dann gewisse Einrichtungen der Stadt oder letztlich zusätzlich die Stadt verschulden oder wer müsste am Schluss erst recht wieder dafür aufkommen? Das wäre doch wieder der Steuerzahler!

Ich meine also, dass dieser Vorschlag oder dieser Antrag zu kurz greift bzw. dass dieser zu eindimensional ausfällt. Ich bin also in Zusammenhang mit den Freiheitlichen wieder einmal beim Ausdruck „populistisch“, denn in Wahrheit kann dieser Antrag das Gesamtproblem sicher nicht lösen.

Es wird heute noch ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP Wels zu behandeln sein, der sicher weiter greift. Es geht beim Antrag der ÖVP darum, dass Kosten im Wohnbereich – damit sind die Kosten für den Kanal oder das Wasser gemeint – die durchaus eine nicht unbeträchtliche Höhe erreicht haben, untersucht werden und dass man danach trachtet, diese Kosten etwa durch eine erhöhte Effizienz reduzieren zu können, um sie eben besser im Griff zu haben. Diese Effizienzsteigerung würde uns davor bewahren, Tarif- oder Gebührenerhöhungen in diesem Wohnungsbereich vornehmen zu müssen.

Was den finanztechnischen Spielraum der Stadt Wels betrifft, so ist uns in der Vergangenheit doch schon einiges gelungen, wobei ich etwa an die Finanzholding denke.

Das heißt also, dass die Welser ÖVP gegen diesen Antrag wegen fehlender Schlüssigkeit und einer gewissen Eindimensionalität stimmen wird.

GR. Ing. Matzinger: Ich spreche jetzt besonders meine beiden Vorredner an. Ich wusste ja, dass es fallweise Erbsenzähler gibt, aber was heute von der Kollegin Wildfellner und vom Kollegen Ploier an Erbsenzählerei passiert, das ist schon direkt sensationell. Anscheinend will man bewusst an einem Thema vorbeireden. Die eine redet sich darauf

aus, dass die Tarife und die Gebühren sozusagen in einem Satz genannt werden und der andere meint, dass der Antrag der ÖVP viel besser wäre, obwohl er in meinen Augen ein Ausbund an Unverständlichkeit ist und man unbedingt einen Juristen braucht, um ihn überhaupt einmal lesen zu können. Unabhängig davon ist im Antrag der ÖVP von Strom, Wasser und Kanal die Rede, wobei wir als Stadt zumindest beim Wasser und beim Kanal ein wesentliches Mitsprecherecht haben, was die Gebühren- oder Tarifgestaltung betrifft, also egal wie immer man dies nennen will. Jedenfalls wissen wir aber, dass der einzelne Bürger immer mehr für den Strom, für das Wasser und den Kanal zahlt, ebenso für die Müllbeseitigung. Und in all diesen Belangen hat die Stadt Wels ein gewisses Mitspracherecht, weil wir ja an den Institutionen, die das alles betreiben, beteiligt sind und außerdem in den Ausschüssen oder in den Aufsichtsräten, in die Leute seitens der Stadt entsandt sind, Frau Kollegin – ich sage das, falls sie es nicht wissen sollten – über Gebühren bzw. Tarife mitreden können. Nichts anderes sagt im Wesentlichen der Antrag der ÖVP aus, der ja interessanterweise erst am 12. März als Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde. Ich will jetzt nicht behaupten, geschweige denn unterstellen, dass dieser Dringlichkeitsantrag nur deshalb eingebracht wurde, damit man dem Initiativantrag der FPÖ nicht zustimmen müsse und andererseits sagen zu können, dass der eigene Antrag so Klasse sei. Also diese Form der Heuchelei ist absolut durch nichts zu überbieten. Sensationell! Der Kollege Ploier muss jetzt schon selbst darüber lachen!

Ich möchte nur noch sagen, dass zum Ersten der Fasching schon vorbei ist und dass zum Zweiten für die Leute selbst das Ganze gar nicht mehr so zum Lachen ist, weil sie ja zum Teil nicht mehr wissen, wie sie ihre Wohnungskosten zahlen sollen oder können. Das ist der wesentliche Punkt, nicht jener, ob das Tarife oder Gebühren sind. Schon gar nicht, Frau Kollegin, geht es darum, ob wir ein Doppelbudget beschlossen haben oder nicht. Der Kollege Wimmer als Finanzreferent ist doch genial im Finden von Geldern, wenn es darum geht, seinen Sportvereinen, egal um welche Zielgruppe es geht, Geld zu verschaffen. Dort findet er sensationellerweise immer Geld, aber geht es um die Bürger der Stadt Wels, ist es dann so, dass sie uns sagen, wir mögen doch dem Kollegen Wimmer Vorschläge bringen, wo er ein paar Euro auftreiben könnte. Also, das ist, bitte, zumindest eine gleich große Heuchelei.

Wir wissen doch wirklich alle, worum es geht und da müsste es doch möglich sein, auf höhere Gebühren oder Tarife für ein Jahr zu verzichten, vielleicht auch für zwei Jahre, wenn es sich um ein Doppelbudget handelt. Übrigens haben wir auch schon Gebührenerhöhungen ausgesetzt, wenn Wahlen vor der Tür standen. Dies auch, obwohl es vielleicht gut und wichtig gewesen wäre, die Gebühren sehr wohl zu erhöhen, weil eben der Index entsprechend angewachsen war, aber vor Wahlen macht man solche Erhöhungen nicht unbedingt so gern. Man hat also derartige Erhöhungen auch schon mal ausgesetzt und dann nach den Wahlen gleich für zwei Jahre eine Erhöhung durchgeführt, vielleicht sogar um einen Zehntelprozentpunkt niedriger als rein rechnerisch angebracht, und damit hatte sich dann eben die Sache. Denken sie also bei dieser Gelegenheit auch daran, dass es Menschen gibt, die über ein Langzeitgedächtnis verfügen und nicht nur daran denken, was vorgestern oder erst eine Stunde zuvor gewesen ist. Wenn man will, kann man Gewisses sehr wohl machen.

Speziell wenn es der Kollege Wimmer als Finanzreferent will, gibt es sicher eine Möglichkeit, diese Gebührenerhöhungen, die inflationsbedingt wahrscheinlich durchzuführen wären, auszusetzen. Außerdem steht ja nirgends, dass wir diese Inflationsschübe in voller Höhe weitergeben müssten, das heißt, auch diese eingeschränkte Variante

könnte man eventuell anwenden, was wir in der Vergangenheit auch schon gemacht haben.

Das Ganze ist nicht unbedingt eine Erfindung von mir oder von der FPÖ. Wenn sie wollen, sage ich sogar, dass das von der Bundesregierung abgeschaut ist. Was hat man denn von dieser Seite her kürzlich gemacht, nämlich in Zusammenhang mit den Mieten? Da ist man ja auch so vorgegangen, dass nicht die volle Inflationsabgeltung erfolgen darf, sondern nur ein Teil. Glauben sie vielleicht, dass das für die Bundesregierung etwas anderes ist als für die Stadt Wels? In meinen Augen ist es das nicht. Die Inflationsrate ist für Wels genau so hoch wie für Wien oder sonst wo in Österreich. Nehmen wir also die Autonomie, welche uns das Statut für die Stadt Wels einräumt, wahr und machen wir etwas, was dem Bund nicht möglich ist, nämlich die Preise dort einzudämmen, wo wir über eine entsprechende Tarifautonomie verfügen, etwa beim Wasser und beim Kanal. Auf diese Weise können wir die Bürger entlasten. Dabei ist es völlig egal, ob so etwas auch die Städte Linz, Steyr etc. tun. Wir können in Wels ein Zeichen setzen und sagen, dass wir das im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger aussetzen. Wir haben als Gemeinderat teils direkt diese Möglichkeit, teils haben wir sie über die Aufsichtsratsgremien.

Der Kollege Ploier sprach zwar auch davon, dass es gut wäre, die Preise für gewisse Leistungen nicht weiter erhöhen zu müssen, nur meinte er halt, dass man das im Wege von mehr Effizienz bzw. von Kostensenkungsmaßnahmen versuchen sollte. Na gut, die „Botschaft“ hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Es braucht nämlich jetzt der Bürger eine Entlastung und nicht erst in zwei oder drei Jahren, wenn gewisse Kostensenkungsmaßnahmen hoffentlich greifen. Ich gehe davon aus, dass die Idee des Kollegen Ploier hinsichtlich diverser Kostensenkungsmaßnahmen auf fruchtbaren Boden fällt, aber bis sich eine Kostensenkung so weit auswirkt, dass wir uns auch tariflich bewegen können, sind sicher schon ein oder zwei Jahre vergangen. Und in diesen ein, zwei, drei Jahren sieht die Welt schon wieder etwas anders aus. Ich hoffe, dass sie im Sinne der Bürger besser aussieht, aber eigentlich würde der Bürger schon jetzt niedrigere oder zumindest nicht so stark erhöhte Preise, wie sich das in Zusammenhang mit der Inflationsrate darstellt, brauchen. Jetzt ist doch die Belastung so hoch und daher bitten wir jetzt darum, diesem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Kollege Matzinger hat das Wort „abenteuerlich“ in den Mund genommen. Tatsächlich versucht aber die FPÖ Wels, mit solchen Anträgen die Finanzen der Stadt Wels auszuhöhlen. Ich erinnere daran, dass es ebenso ein Antrag der FPÖ Wels war, der den Inhalt hatte, man möge doch die Gewinne in Form der Senkung der Stromtarife an die E-Werk-Kunden zurückgeben. Und ich denke mir, dass das lauter abenteuerliche Geschichten sind, anhand derer man auch erkennt, wie ernsthaft sie sich eigentlich mit den verschiedenen Problemen, die es rundum gibt, auseinandersetzen.

Die Inflation ist ganz sicher die wichtigste Geschichte, die derzeit politisch angegangen werden muss. Meiner Ansicht nach ist dieses Problem aber nicht auf Ebene einer Stadt lösbar, sondern – die Frau Gemeinderätin Wildfellner hat schon darauf hingewiesen – auf höherer Ebene und dazu liegen schon recht gute Vorschläge auf, nur geht es halt auch noch um deren Umsetzung. Natürlich kann man sich über 100 Euro für einen Teil der Bevölkerung auch in der Weise lustig machen, dass man um dieses Geld nicht einmal zwei Tankfüllungen bekommt, andererseits stellen 100 Euro für Menschen mit niedrigem Einkommen sehr wohl einen gewissen Ausgleich der Inflationsrate dar.

Jedenfalls meine ich, dass wir als Stadt diese Problematik mit der Inflation nicht lösen können und so ist es nur folgerichtig, dass wir als SPÖ-Fraktion diesen Antrag ablehnen werden.

GR. Mag. Holter: Ich habe mit diesem Antrag ein gewisses Verständnisproblem. Ich kenne natürlich die Verbalinjurien des Kollegen Matzinger, beispielsweise wenn er von Heuchelei oder dergleichen spricht, nur ist es anscheinend so, dass er von seiner Fraktion aus in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates nicht so viel reden darf wie in der letzten. Heute durfte er aber wieder einmal etwas vorbringen, nur glaube ich doch, dass wir von zwei völlig unterschiedlichen oder von diametralen Anträgen sprechen. Die Freiheitlichen sprechen davon, dass man die Indexierung von Gebühren stoppen sollte, nämlich von Gebühren, die im eigenen Wirkungsbereich der Stadt liegen. Und sie regen sich darüber auf, dass der Strom, das Wasser und der Kanal so teuer kämen. Stimmt! Strom, Wasser und Kanal sind wirklich teuer, es handelt sich dabei allerdings nicht um Gebühren, die im unmittelbaren Bereich der Stadt Wels stehen.

Herr Dr. Wieser! Derjenige, der in seinem Bereich die höchsten Tarife oder Gebühren verlangt – ich spreche dabei vom Müll und vom Friedhof – ist auch derjenige, der sich über gewisse Dinge in anderen Bereichen am meisten aufregt. Er müsste anhand der genannten Beispiele auch wissen, dass man Gebührenerhöhungen immer extra beantragen muss, andererseits spricht man von dieser Seite davon, dass wir die Indexerhöhungen stoppen sollte, damit Strom, Wasser und Kanal günstiger kommen bzw. die Teuerung abgefangen werden kann. Also, das ist mir einfach zu hoch, um es begreifen zu können. Es handelt sich doch hier um zwei Sachen, die gegenseitig nichts miteinander zu tun haben.

Zur Klarstellung nochmals Folgendes. Mit der Aussetzung eines Indices erreiche ich maximal eine kurz spürbare und im Budget nicht ausgleichbare Abdeckung inflationärer Erscheinungen. Unser Problem liegt allerdings woanders. Da geht es um die langfristige Teuerung der sogenannten Betriebskosten, der Verwaltungskosten und dergleichen. Und hier sehe ich im Gegensatz zu ihnen überhaupt keinen unmittelbaren oder eigenen Wirkungsbereich der Stadt; dieser ist rechtlich gar nicht gegeben. Sie bekämpfen also diese Teuerungen mit Mitteln, die dafür völlig untauglich sind. Irgendwer hat im Laufe dieser Debatte das Wort „populistisch“ in den Mund genommen und ich möchte diesem Vorredner nicht widersprechen.

GR. Mag. Springer: Ich spreche jetzt diesem Antrag die positive Grundidee nicht ab. Diese Idee zielt darauf ab, Kosten im Bereich des Wohnens – das Wohnen stellt ja ein elementares Grundbedürfnis dar – abzusenken bzw. die Belastungen zu verringern. In diesem Fall ist aber der Weg einfach der falsche. Wenn ich einen Index aussetze, führe ich de facto eine Verringerung eines Preises durch, aber für wesentlicher hielte ich es, bei der Höhe der Wohnbeihilfe anzusetzen, auch wenn das nicht in unserem direkten Bereich liegt. Natürlich steht die Wohnbeihilfe in Zusammenhang mit der Miete, aber für den einzelnen Bürger ist es doch egal, ob man von der Miete an sich oder von den Kosten insgesamt spricht, also inklusive Betriebskosten. Für den Einzelnen ist das sozusagen alles eins bzw. sind das insgesamt die monatlichen Wohnungskosten. Spricht man von der Wohnbeihilfe, ist es sicher so, dass die Bezieherinnen und Bezieher sehr niedriger Einkommen eine relativ hohe Beihilfe erhalten, aber andererseits sind die Vorgaben für den Empfang oder Bezug dieser Beihilfe schon sehr restriktiv. Das bedeutet, dass bereits der untere Mittelstand bezüglich Wohnbeihilfe durch den

Rost fällt. Und so finde ich eben, dass es wesentlich wichtiger wäre, bei der Wohnbeihilfe anzusetzen.

Im Übrigen – nachdem zuerst schon vom ÖVP-Antrag gesprochen wurde – muss ich sagen, dass der Dringlichkeitsantrag der ÖVP meines Erachtens doch ziemlich schwammig formuliert ist. Es ist doch sowieso die Pflicht jeder Wohnbaugenossenschaft, die Betriebskosten so gering wie irgendwie möglich zu halten, das heißt, es darf eigentlich nur das verrechnet werden, was es tatsächlich kostet, nicht mehr und nicht weniger.

GR. Ing. Matzinger: Mir tut es ganz besonders weh, wenn mir der Kollege Holter erzählen will, dass das Gas, das Wasser, der Strom, der Müll, der Kanal und die Heizung nichts mit Betriebskosten zu tun haben. Lieber Kollege Holter! Genau daraus setzen sich doch im Wesentlichen die Betriebskosten zusammen. Und ohne jetzt ein Seminar über das Mietrecht oder diese Kostenfaktoren beginnen zu wollen, muss ich doch festhalten, dass unser aller wesentlichste Aufwendungen zum Ersten im Bereich der Steuern liegen und dann kommt schon die Miete. Deshalb bin ich im Großen und Ganzen beim SPÖ-Antrag dabei, das heißt, wir müssen schauen, das Thema Miete im Weg von Förderungen in den Griff zu bekommen. Es ist also wichtig, im Wege von Landesförderungen, natürlich gestaffelt nach dem jeweiligen Einkommen, die Belastungen erträglich zu halten.

Wenn man von der Miete spricht, gibt es sozusagen noch den zweiten Teil, nämlich die Betriebskosten, die sich nun einmal aus Strom, Wasser, Müll, Kanal und Heizung zusammensetzen. Sehe ich mir dazu die Situation in Wels an, stelle ich fest, dass der Strom vom E-Werk kommt, das Wasser ebenso wie der Kanal und auch die Fernwärme kommt vom E-Werk. Einzig die Müllabfuhr liegt bei der Stadt Wels und ich appelliere an dieser Stelle an den Kollegen Wieser genauso wie an den Finanzreferenten Wimmer, der ja den Kollegen Wieser dazu drängt, die Müllgebühren zu erhöhen, damit auf der anderen Seite der Finanzreferent sein Doppelbudget zusammenbekommt.

Irgendwer sagte jetzt, dass das Budget der Stadt Wels gefährdet werde. Das muss man sich doch vorstellen. Das Budget der Stadt Wels wäre also gefährdet, würde einmal auf die Indexierung der Müllgebühr verzichtet. Also, das muss mir wirklich erst einmal jemand etwas gründlicher erläutern. Natürlich könnte sozusagen ein kleinerer Teil gefährdet sein, etwa in der Form, dass einmal ein Sportverein auch nicht mehr als im Vorjahr bekommt oder dass etwas anderes ausgesetzt werden müsste. Vielleicht würde er auch dazu kommen, dass irgendeine Erhöhung für den Personalausschuss geringer als erwartet ausfiele. Das alles weiß ich jetzt im Detail nicht, aber insgesamt kann mir sicher keiner sagen, wie es zugehe, dass das Budget der Stadt Wels durch das Aussetzen der Erhöhung der Müllgebühren für ein Jahr insgesamt gefährdet wäre. Also, wenn wir das irgendjemanden sagen, machen wir uns direkt lächerlich.

Zum Dritten setzt sich die Gesamtmiete auch noch aus den Verwaltungskosten zusammen. Hier ist die Stadt Wels zusammen mit der Heimstättengenossenschaft einer der größten Verwalter von Wohnraum weit und breit. Und so wird der Kollege Hochhauser darüber nachdenken können, ob nicht die Welser Heimstätte beispielgebend für andere Häuserverwaltungen die Erhöhung der Verwaltungskosten auszusetzen imstande wäre, wobei ja die Verwaltungskosten in der Regel an einen Kategorie-A-Mietzins angehängt sind. Andererseits handelt es sich dabei auch nur um einen Höchstsatz, das heißt, bei entsprechender Fantasie könnte man auch weniger

einheben. Es steht also jedem Hausverwalter frei, einen geringeren Prozentsatz weiterzuverrechnen.

Insgesamt meine ich, dass wir seitens der Stadt Wels eine Unmenge von Möglichkeiten haben, darüber nachzudenken, wie wir kurzfristig, schnell und effizient die Bürger der Stadt Wels entlasten könnten.

GR. Mag. Hora: Damit der Kollege Matzinger vielleicht doch betriebswirtschaftlich versteht, was wir meinen – unseren Antrag versteht er ja offenbar nicht, wie wir schon heraushören konnten – möchte ich nur ein Beispiel erwähnen, das seine Fraktion betrifft bzw. den Kollegen Wieser.

Es war in der letzten Periode des Gemeinderates so, dass im Wesentlichen Herr Dr. Kröpl und ich die Kostenrechnung für unsere Müllabfuhr entwickelten. Wir haben auch festgestellt, dass dann, wenn die Fehlwürfe nicht in dieser Größenordnung gegeben wären, was kostenmäßig bestimmt in die Hunderttausende Euro geht – es sollte natürlich vom Referenten alles darangesetzt werden, damit es hier zu einer Reduzierung kommt – ein erheblicher Spielraum für Kosten und damit für Gebührensenkungen gegeben wäre. Es wäre also wichtig, damit zu beginnen bzw. Werbung dafür zu machen, dass Müll wirklich ordentlich getrennt wird. Solche Bemühungen wären doch Sache des Referenten, in diesem Fall des Herrn Dr. Wieser. Seit er dieses Referat übernommen hat, ist leider nichts in Richtung besserer Mülltrennung geschehen. Das wären aber Möglichkeiten der Kosteneinsparung und wir meinen, dass wir im Interesse unserer Mitbürger diese eine Sache beispielgebend für andere doch verwirklicht bekommen sollten.

GR. Dr. Rabl: Zuerst einmal etwas zur Kollegin Wildfellner. Es freut mich besonders, dass sie sich dieser Angelegenheit angenommen hat. Noch mehr freut mich, dass sie nunmehr Expertin für Tarife und Gebühren von Seite der SPÖ ist, was man ja vom Kollegen Reindl-Schwaighofer nicht behaupten kann.

Man muss sagen, dass die Meinung der SPÖ und auch die Stellungnahme die von der Kollegin Wildfellner abgegeben wurde, dem entspricht, was in diesem Land, seit die SPÖ als Regierungspartei angetreten ist, vorherrscht, nämlich die soziale Kälte der SPÖ.

(Protestrufe!)

Sie versucht, Maßnahmen, welche die kleineren Einkommensbezieher fördern, hintanzustellen und abzuwürgen. Das finde ich traurig, insbesondere auch von Seite des Kollegen Reindl-Schwaighofer, der ja als linkes Gewissen der SPÖ Wels gilt. Von dort hätte ich mir doch erwartet, dass die soziale Kälte nicht so hoch steht. Vielleicht ist dies aber nur dem Fraktionszwang zuzuschreiben, was natürlich auch irgendwo tragisch ist; er wird es aber vor seinen lieben Wählern zu verantworten haben. Sehr, sehr traurig!

Ich komme zum Kollegen Ploier. Natürlich greift eine solche Maßnahme in Wels zu kurz und natürlich benötigt die Inflationsbekämpfung weitere Maßnahmen; das ist ganz klar. Aber dass uns in diesem Zusammenhang auch noch ein Populismus unterschoben wird, das finde ich besonders tragisch. Ich muss sagen, dass die FPÖ gerne populistisch ist, wenn es gilt, Maßnahmen vorzuschlagen oder zu beschließen, die der Bevölkerung helfen, insbesondere den kleinen Einkommensbeziehern. Dafür lassen wir

uns gern als populistisch agierend schimpfen und die Bevölkerung wird es uns danken, indem wir entsprechend gute Wahlergebnisse einfahren.

Herr Kollege Holter! Natürlich berücksichtigt der gegenständliche Antrag auch die Tarife und Gebühren stadteigener Betriebe. Deshalb heißt es ja in einem Satz des Antrages: „Dies gilt auch für jene Gebühren, die von stadteigenen Betrieben vorgeschrieben werden.“ Tut man aber jetzt so, als wären die Preise für Strom, Gas, Wasser, Kanal, nicht im Einflussbereich der Stadt Wels gelegen, so halte ich solch eine Vorgangsweise gelinde gesagt für oberflächlich. Es weiß doch jeder, was damit gemeint ist und genauso weiß jeder, dass die Stadt Wels einen Einfluss darauf hat, wie sich diese Gebühren zusammensetzen bzw. wie hoch sie sind. Und wenn dann jemand argumentiert, dass dann, wenn diese Indexierung nicht kommt – eigentlich handelt es sich ohnehin nur um einen Lapalienbetrag – das Budget der Stadt Wels zusammenbricht, dann bitte müsste Vizebürgermeister Wimmer schon ordentlich zittern, denn irgendetwas ist ja immer offen, das heißt, ob es wirklich so eintrifft wie erwartet. Er musste doch schon des öfteren gewisse Einnahmehausfälle verkraften, etwa in jenem Jahr, als die Bundesertragsanteile nicht so hoch waren, wie sie laut unserem Budget sein sollten. Jetzt haben wir aber eine umgekehrte Situation – wir haben Bundesertragsanteile, die weit über dem liegen, wie sie budgetiert wurden – und angesichts dessen können wir doch verlangen, dass zumindest ein kleiner Teil der Überschüsse den Leuten zurückgegeben wird, jenen Leuten, die inflationsgeschädigt sind und sagen, dass sie sich die Wohnungskosten nicht mehr leisten können. Das ist doch eine soziale Verpflichtung, die wir hätten, auch die SPÖ mit ihrer absoluten Mehrheit hier herinnen. Das wäre eine soziale Verpflichtung, falls die SPÖ ein „soziales Gewissen“ hätte. Leider herrscht aber in der SPÖ die soziale Kälte, die wir eigentlich vom Bund her schon gewohnt sind; leider setzt sich dieser Zustand hier in der Stadt fort.

Nichtsdestotrotz ersuche ich jetzt um Zustimmung zu meinem Antrag.

Der Antrag (Anlage 17) zu Punkt 12. der Tagesordnung wird bei

5 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und GR. Landauer)
1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Springer)
und 27 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend die Darlehensmodalitäten nach den Wohnbauförderungsgesetzen:

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass er den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag schon zu Beginn der Sitzung verlesen habe und ersucht um eventuelle Wortmeldungen.

GR. Mag. Holter: Zuerst brauchen wir einen Berichtersteller!

Bgm. Dr. Koits: Jetzt gibt es Wortmeldungen zur Sache! Über die Zuerkennung der Dringlichkeit wurde ja bereits entschieden.

GR. Dr. Rabl: Aber es muss doch zu jedem Antrag einen Berichterstatter geben!

Bgm. Dr. Koits: Nein, bei Dringlichkeitsanträgen ist kein Berichterstatter vorgesehen.

GR. Ing. Matzinger: Was wollt ihr denn überhaupt? Worum geht es eigentlich?

Bgm. Dr. Koits: Haben sie nicht aufgepasst? Ich sagte doch schon, dass ich zu Sitzungsbeginn den Antrag vorgelesen habe und dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Jetzt, am Ende der Tagesordnung, erfolgt die Sachdebatte hierüber und ich fragte, ob es hiezu Wortmeldungen gebe. Und nachdem sich niemand zum Sachantrag selbst zu Wort meldete, lasse ich jetzt über diesen abstimmen.

Der Sachantrag bzw. die Resolution (Anlage 1) wird mit

21 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion und GR. Landauer)
bei 8 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion und GR. Mag. Springer)
und 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Ing. Matzinger: Es hat doch niemand einen Antrag gestellt!

Vzbgm. Wimmer: Du hast nicht aufgepasst!

GR. Maitner: Nicht schwätzen, zuhören!

Bgm. Dr. Koits: Ich habe eingangs der Sitzung selbstverständlich den Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zur Verlesung gebracht!

GR. Ing. Matzinger: Ich habe keinen Antrag gehört!

GR. Maitner: Dann gehen sie doch einmal zum Ohrenarzt!

Bgm. Dr. Koits: Ich habe am Beginn der Sitzung alle vier Anträge, die von der SPÖ und von der ÖVP gestellt wurden, vorgelesen! So! Und jetzt kommen wir zum ersten Antrag der ÖVP!

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Straßenbenennungen nach Frauen:

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass nunmehr auch zu diesem Antrag Wortmeldungen zur Sache selbst möglich sind.

GR. Ing. Kreisel: Da das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Straßennamen 1:40 beträgt, fordern die ÖVP-Frauen, dass ab sofort die Hälfte aller

künftigen Straßen nach Frauen benannt wird. Durch Benennungen mit Vor- und Zunamen sollte für jedermann erkenntlich sein, um wen es sich handelt, also um Frauen, die entsprechend vorbildlich sind, beispielsweise die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner oder Hilde Witt-Döring, die auch international anerkannte Architektin, die seinerzeit den Kindergarten Lichtenegg plante. Mit dieser Vorgangsweise würden die Frauen ein sicheres Zeichen für die Wertschätzung der Frauen in der Gesellschaft sehen. Frauen sollten dadurch in der Gesellschaft sichtbar gemacht werden und für ihre Leistungen in der Öffentlichkeit einen Platz bekommen.

Was den örtlichen Bezug zu Wels betrifft, gibt es sicher eine Menge Vorbildfrauen in unserer Stadt und dieses Vorbild stellt hier ein entscheidendes Kriterium dar. Der erste Tag ist der beste, an dem vorbildliche Frauen durch die Benennung neuer Straßen mit Vor- und Zunamen sichtbar gemacht werden. Das breite Echo anlässlich des Internationalen Frauentages rund um die Aktion „Frauenstraßennamen in Wels“ zeigt, wie wichtig es ist, die Lebenswelten der Menschen ernst zu nehmen, um den Blick in die Zukunft richten zu können.

Im März vor zwei Jahren zeigte eine Vernissage unter dem Titel „Verborgene Frauen“ die Biografien von Künstlerinnen mit männlichen Pseudonymen. Darunter befand sich auch Bertha von Suttner, die ihre Zukunftsvorstellungen unter dem Pseudonym „Jemand“ publizierte. Sie dachte, dass ihre Gedanken zu gesellschaftlich relevanten Themen anders nicht wahrgenommen würden. Frauen müssen sich für ihre eigenen Sachen einsetzen und das Wort ergreifen. Sie müssen eine lautere Stimme bekommen, damit ihre Anliegen gehört werden und es sichtbare Auswirkungen gibt. Für die Stadt Wels wäre es ein Zeichen der Modernität im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern, würde sie sich bewusst mit dem Thema „Frauen im öffentlichen Raum“ durch die Sichtbarmachung in dieser Art beschäftigen.

GR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Ich möchte den Antrag zur Geschäftsordnung stellen, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

5 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion sowie GR. Landauer)
gegen 27 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP- Fraktion sowie
GR. Mag. Springer)

abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Aufgrund der Ablehnung des Geschäftsordnungsantrages wird nun in der Debatte fortgesetzt.

GR. Müllner: Vorerst einmal möchte ich es als bezeichnend hinstellen, dass genau die FPÖ-Fraktion eingangs der Sitzung diesem Antrag nicht die Dringlichkeit zuerkannte. Es ist das die einzige Fraktion, die keine Frau in ihren Reihen hat.

Die Frau Kollegin Kreisel sagte, Frauen müssten eine lautere Stimme bekommen. Nun, wenn man das heute so verfolgte, würde es schon reichen, falls die Männer einmal zuhörten.

Olympe de Gouges, eine Frauenrechtlerin, Funktionärin und Schriftstellerin, Marie Curie, die den Nobelpreis erhielt, nämlich für Physik und Chemie sowie Marlen Haushofer, eine oberösterreichische Schriftstellerin, seien als ein paar historisch wichtige Frauennamen genannt. Sie sind Beispiele für Frauen, die in neue Domänen vordrängten. Dafür waren Mut, Selbstvertrauen, Kampfgeist und sehr viel Ausdauer vonnöten. Sie hatten keine Lobby und ihre Leistungen wurden nicht über Massenmedien verbreitet. Frauen wollen sich aber heute in der Geschichte wiederfinden und nicht nur verdiente Männer sehen. Darum ist es nötig, Frauen auch im öffentlichen Raum sichtbar zu machen, etwa durch Straßennamen, die an historische Frauenfiguren erinnern. Frauen, die besondere Leistungen erbrachten oder die sich eben besonders verdient machten, müssen genauso gewürdigt werden wie Männer. Die Junge Generation in der SPÖ benannte am heurigen Internationalen Frauentag Straßenschilder in Linz, Wels und Steyr um, damit auf diese Weise ein aktionistisches Zeichen gesetzt werden konnte. Es freut mich, dass die ÖVP dieses wichtige Thema ebenso gut heißt und so wird eben die SPÖ-Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen.

GR. Kroiß: Liebe Kollegin Müllner! Gerade weil wir keine Frauen in der Fraktion haben, schätzen wir die Frauen umso mehr. Wir wissen nämlich, was wir an den Frauen haben. Wir sprechen uns aber dagegen aus, dass man dieser Sache mit einer Quotenregelung beikommen möchte, indem man sagt, dass künftig die Hälfte oder vielleicht sogar mehr als die Hälfte der neuen Straßen einen Frauennamen bekommen sollen. Wir halten nichts von dieser Quotenregelung. Deswegen, weil es vielleicht mehr weibliche Straßennamen gibt, werden ja die Frauen von SPÖ-Seite nicht mehr geschätzt oder? Aber prinzipiell ist das alles ja kein Problem. Die SPÖ hat die Mehrheit und mit einem Initiativantrag oder sonst wie kann das alles leicht beschlossen werden. Sie können künftig auch alle neuen Straßen in Wels nach Frauen benennen.

Ich sage nochmals: Wir schätzen die Frauen sehr, halten aber nichts von einer Quotenregelung und werden uns deshalb bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

GR. Dr. Rabl: Straßen, die nach Frauen benannt sind, sind als symbolischer Akt wichtig. Das weiß jeder und Personen, die durch einen Straßennamen geehrt werden, geraten nicht in Vergessenheit bzw. wissen die Leute, die dort wohnen, sehr oft, um wen es sich bei jenem, nach dem ihre Straße benannt wurde, handelt. Diese Benennungen bleiben aber letztlich doch nur symbolische Akte. Und was die Politik fordert oder was in der Politik notwendig erscheint, das sind zwar auch symbolische Akte, aber andererseits hat niemand etwas von einer Politik auf symbolischer Basis. Was nämlich in der Politik gefordert ist, das sind Taten. Da frage ich mich halt, wo denn die Taten bei der SPÖ bleiben. Wo bleiben die Taten dort, wo die SPÖ die Möglichkeit hat, irgendwelche Dinge in die Tat umzusetzen? Schauen wir uns beispielsweise den Magistrat an. Wie schaut es dort mit der Besetzung der obersten Posten aus, mit Dienststellenleiterposten etc. Wie schaut es dort mit der Quote oder mit der Frauengleichberechtigung aus? Da sind wir noch sehr weit entfernt bzw. gibt es da noch sehr viel zu tun.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Und wie schaut es damit in der FPÖ aus?

GR. Dr. Rabl: Legt man den Finger auf die Wunde, kommt natürlich gleich der Vizebürgermeister Wimmer und schaut woanders hinein, aber in jenen Bereichen, die die SPÖ kontrolliert, muss man doch einmal ansetzen, wenn man schon Quoten etc. haben will. Im Magistrat, in den stadteigenen Betrieben, in den Betrieben, die von der Stadt wesentlich beherrscht werden, dort sollte einmal darauf geachtet werden, dass für die Frauen etwas getan wird. Es passiert dort aber in Wirklichkeit gar nichts. Statt dessen wird immer gemahnt und erwähnt, was denn die Frauen alles erledigt haben, schauen wir aber, dass sich dort, wo dies möglich wäre, tatsächlich etwas bewegt. Für Frauen soll dort etwas getan werden, wo dies echt möglich ist. Es sollten aber nicht unbedingt symbolische Akte gesetzt werden, die den toten Frauen, die geehrt werden sollen, ohnehin nichts mehr bringen, außer dass sie in Erinnerung bleiben. Schauen wir doch besser, dass wir für die jetzige Frauengeneration etwas erledigen; damit wäre uns allen geholfen.

GR. Mag. Springer: Es ist klar, dass im Bereich der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern noch sehr viel getan werden muss. Ich habe allerdings irgendwo gelesen, dass es beim derzeitigen Tempo leider noch ca. 250 Jahre dauert, bis das erreicht ist. Trotzdem hat das eine mit dem anderen nichts zu tun bzw. stellen solche Straßenneubenennungen nach Frauen nur einen symbolischen Akt dar, der aber natürlich ebenfalls zu befürworten ist.

Nachdem es sich hier um einen Dringlichkeitsantrag handelt, möchte ich noch grundsätzlich etwas zu solchen Anträgen sagen. Die Vorgangsweise, wie momentan mit Dringlichkeitsanträgen umgegangen wird, finde ich nicht in Ordnung, sondern fast schon bedenklich. Es ist in den letzten Jahren immer mehr in Mode gekommen, in erster Linie Dringlichkeitsanträge zu erstellen und nicht so sehr Initiativanträge. Ich habe natürlich bei diesem Antrag der Dringlichkeit zugestimmt, weil ich mir nicht nachsagen lassen möchte, dass ich diese Sache nicht unterstützen würde, aber ehrlich gesagt sehe ich es nicht ein, warum man einen derartigen Antrag nicht schon zehn Tage zuvor als Initiativantrag einbringen kann. Genauso hielte ich das in Bezug auf den vorangegangenen SPÖ-Antrag für möglich. Es hätte auch nichts dagegen gesprochen, diesen ÖVP-Antrag erst im nächsten Monat als Initiativantrag einzubringen.

Also, ich möchte wirklich an alle Fraktionen den Appell richten, in Zukunft wieder mehr vom Instrument des Initiativantrags Gebrauch zu machen und nicht unbedingt von Dringlichkeitsanträgen.

Bgm. Dr. Koits: Es hat sich niemand mehr zu diesem Thema zu Wort gemeldet und ich möchte von meiner Warte aus nur noch der Ordnung halber feststellen, dass für Straßenneubenennungen der Bürgermeister die zuständige Behörde ist, das heißt, hierfür liegt die Zuständigkeit nicht beim Gemeinderat. Ungeachtet dessen weiß ich auch hier im Gemeinderat Wortmeldungen in dieser Richtung zu schätzen und ich lade sowohl die Frauen als auch die Männer dazu ein, mir Vorschläge in Bezug auf die Benennung von neuen Straßen zu unterbreiten. Ich weiß, es gibt von der Jungen Generation in der SPÖ, von der SPÖ- und den ÖVP-Frauen, auch von den GRÜNEN, von wem immer, diverse Vorschläge. All diese Vorschläge sind willkommen und werden in weiterer Folge aufgearbeitet. Die entsprechende Abteilung wählt in weiterer Folge aus und ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, dass wir nicht jeden Tag eine Straße neu zu benennen haben. Das ist vielmehr ganz selten der Fall, aber – wie schon gesagt – ich sehe Vorschlägen trotz allem gerne entgegen.

Der gst. Dringlichkeitsantrag (Anlage2) wird mit

28 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion sowie
GR. Mag. Springer)
bei 5 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion sowie
GR. Landauer)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verlegung des „Zentralen Busbahnhofes“ vom Kaiser-Josef-Platz zum Hauptbahnhof:

StR. Strassl: Ich bin direkt froh darüber, dass ich jetzt schneller mit der Hand oben war als die Kollegin Maitner, die sich dann wahrscheinlich mit einem Geschäftsordnungsantrag einstellen wird. Ich darf also in gewisser Weise als Berichterstatter noch etwas sagen, obwohl formell festzuhalten ist – das vielleicht zur Beruhigung des Kollegen Matzinger – dass es an sich nur bei Initiativanträgen einen offiziellen Berichterstatter gibt, nicht aber bei Dringlichkeitsanträgen, wie er zuerst meinte.

Und zum Kollegen Springer, der meinte, dass man gewisse Dinge doch auch als Initiativantrag einbringen könne, nicht unbedingt als Dringlichkeitsantrag, muss ich sagen, dass es genau zu diesem Thema eine Reihe von Zeitungsartikeln gab und es sich nicht mehr ausgegangen wäre, innerhalb der gegebenen Frist einen Initiativantrag hiezu einzubringen. Sie wissen ja alle, dass es im Zusammenhang mit Anträgen einen gewissen Fristenlauf gibt.

Interessant war heute auch, dass der Antrag der SPÖ bei den Freiheitlichen zur Auslösung der sozialen Kälte führte. Man versuchte also, dieses Thema irgendwo mit der Bundespolitik zu verknüpfen.

Zum Gegenstand selbst habe ich mir drei Artikel aus den Zeitungen herausgenommen. Da wurde getitelt: „Neue Westbahnhaltestelle statt Verkehrslawine“, „Welser Politiker sind von der Idee begeistert“ und „ÖBB wartet auf Initiative der Stadt“. Aus den Medien war somit eindeutig zu erkennen, dass alle politischen Parteien und sogar die ÖBB diesem Vorschlag, in Wels-West eine Bahnhaltestelle einzurichten, näherzutreten könnten und das war letztlich für uns als ÖVP der Grund dafür, heute diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen.

Von den ÖBB wurde also in diesem einen Zeitungsartikel ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass man auf eine Initiative seitens der Stadt Wels warte. Ich glaube, wir sollten uns nicht vorwerfen lassen, keine Initiative gesetzt zu haben und deshalb wäre der Kontakt mit den ÖBB zu suchen.

Eine Machbarkeitsstudie, zu welcher uns die ÖBB sagen müsste, was ihrerseits unbedingt Sache ist, würde ebenfalls eine gewisse Zeit der Erstellung brauchen. Was müsste geprüft werden? Wir hätten dafür einen gewissen Flächenbedarf, wir müssten überprüfen, welche technische Einrichtungen notwendig sind, wie es mit den Bahngleisen und Parkflächen aussähe, mit den Anrainerbedürfnissen und fast am wichtigsten erschiene mir noch die Frage der Finanzierung. Es ist vielleicht deshalb notwendig,

jetzt schon initiativ einzugreifen, weil nachher ohnedies noch eine gewisse Zeit ins Land ginge, ehe alles geprüft wäre. Und wenn wir dieser Sache wirklich nahe treten, sind auch die Fahrpläne des Regionalkonzeptes Wels-Land zu berücksichtigen bzw. wären diese entsprechend zu adaptieren.

Letztlich – wenn wir schon dabei sind, im Bereich des öffentlichen Verkehrs einen Schwerpunkt zu setzen – wäre es, so glaube ich, durchaus an der Zeit zu überprüfen, inwieweit die Aufrechterhaltung der Busdrehseibe für den innerstädtischen Linienverkehr in dieser Form noch sinnvoll im Bereich des Kaiser-Josef-Platzes angelegt erschiene; vielleicht sollte diese Drehseibe doch in die Nähe des Bahnhofs verlegt werden. Es gäbe allerdings bezüglich Busdrehseibe ebenso eine gewisse Vorlaufzeit, denn die Firma Sab, die ja den innerstädtischen Linienverkehr betreibt, wird man mit ihren Überlegungen hiezu unbedingt einbinden müssen. Da wären beispielsweise die ganzen Fahrpläne zu überprüfen.

Persönlich meine ich, dass wir uns für diese Vorarbeiten oder Prüfungen nicht allzu viel Zeit geben sollten, denn es arbeiten derzeit mehrere Arbeitsgruppen daran, den Kaiser-Josef-Platz zu beleben und es würden sicher gewisse Dinge im luftleeren Raum stehen, wüsste man nicht konkret, wie es künftig um diese Busdrehseibe am Kaiser-Josef-Platz bestellt ist bzw. ob sie nicht doch zum Bahnhof hinverlegt würde. Ich weiß schon, dass es bestimmt hundert Argumente oder vielleicht noch mehr für oder gegen diese Verlegung der Busdrehseibe gibt, andererseits meine ich, dass es jetzt an der Zeit wäre, all diese Argumente genau zu überprüfen, dann alles auf den Tisch zu legen, um Klarheit über die verschiedenen Dinge zu erhalten. Und dann kann man auch entsprechend in Richtung Belebung des Kaiser-Josef-Platzes weiterarbeiten.

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Wir schlagen vor, diesen Dringlichkeitsantrag an den Verkehrsausschuss zu verweisen, denn dort gehört er hin, um über all diese Dinge weiterdiskutieren zu können, ehe man dem Gemeinderat vielleicht einen ganz konkreten Antrag vorlegt.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Setzung von Maßnahmen zur Senkung der Betriebs- und Verwaltungskosten für Wohnungen:

Bgm. Dr. Koits bringt nochmals auszugsweise den gst. Antrag (Anlage 4) zur Kenntnis.

GR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen wunderbaren Dringlichkeitsantrag an den zuständigen Ausschuss zur Beratung zuzuweisen.

Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages an den zuständigen Ausschuss zur Beratung bringt folgendes Ergebnis:

Der Geschäftsordnungsantrag wird bei

5 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und GR. Mag. Springer)
gegen 27 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion ohne GR. Maitner,
ÖVP-Fraktion sowie GR. Landauer)
und 1 Stimmenthaltung (GR. Maitner)

abgelehnt.

Gelächter (wegen der Stimmenthaltung von GR. Maitner)!

Bgm. Dr. Koits: Warum wird hier gelacht? Da sieht man halt, dass es in der SPÖ keinen Fraktionszwang gibt!

So, nachdem der Geschäftsordnungsantrag jedenfalls abgelehnt wurde, fahren wir jetzt in der Sachdebatte fort.

GR. Mag. Hora: Ich glaube, die Dringlichkeit der Sache erkennt man auch, wenn man den heutigen Dringlichkeitsantrag der SPÖ in Betrachtung nimmt, wo es ja ebenfalls um die Belastung der Mieter ging. Es gibt ja hinsichtlich dieser Belastungen sozusagen zwei wesentliche Punkte, wobei wir in unserem Antrag mehr auf den zweiten Punkt eingehen. Die Steigerungen bei den Mieten sind bestimmt als ganz wichtiges Thema anzusehen, wobei wir dem SPÖ-Dringlichkeitsantrag doch nicht ganz folgen konnten und wir uns deshalb der Stimme enthielten. Die Wohnbauförderung aus dem Jahr 1993 war nämlich de facto eine Art Husch-Pfusch-Geschichte. Wenn man nämlich sieht, dass bereits im 16. Jahr die Annuitäten auf das Vierfache steigen, muss man sagen, dass man sich nicht mehr auf die Inflation „verlassen“ konnte, denn normalerweise gibt es keine derart hohen Inflationsraten, die eine solche Steigerung in einer solch relativ knappen Zeit ausgleichen würden. Wir hatten seit 1960 nie eine Inflationsrate, die diese Steigerung ausgleichen hätte können. Es war somit heute diesem Dringlichkeitsantrag der SPÖ nicht beizutreten, weil ja die Sozialdemokratische Partei im Land seit 1947 ständig den Wohnbaureferenten stellt, sodass das Gesetz an sich auf dieser Seite zu korrigieren wäre.

Zusätzlich gibt es ja zu den Annuitätenzuschüssen auch Wohnbeihilfen, das heißt, bei an sich günstigen Wohnungen, wie wir sie über die Welser Heimstättengenossenschaft erfreulicherweise zum Teil anbieten können – zum Teil auch als Startwohnungen – fallen die Betriebskosten besonders stark ins Gewicht. Daher sind wir der Meinung, dass unsererseits kurzfristig Maßnahmen gesetzt werden sollten. Dabei geht es nicht nur um die Bekämpfung irgendwelcher Indexsteigerungen, sondern um eine betriebswirtschaftliche Durchforstung aller möglichen Aufwände in den uns nahestehenden Institutionen. So sollten wir also nicht einfach in Richtung des sogenannten Gusi-Hunderterters einwirken, sondern hinsichtlich einer direkten Entlastung jener Mieter, die das benötigen.

Wir glauben durchaus, dass es die finanzielle Situation der Stadt zulässt, hier einmal beispielgebend zu wirken. Ich darf nur daran erinnern, dass wir im Jahr 2007

Mehreinnahmen in Höhe von 5,6 Mio. Euro hatten oder – in alter Währung – in Höhe von fast 75 Mio. Schilling; damit hatten wir ursprünglich nicht gerechnet. Ich glaube, dass es aufgrund der guten Konjunkturlage, die ein bisschen auch im Baubereich erkennbar ist, durchaus angemessen wäre, Teile dieses Mehrerlöses an jene, die das nötig haben, zurückzugeben.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Was ist denn mit den Mehraufwänden? Haben sie sich diese ebenfalls angesehen, Herr Kollege?

GR. Mag. Hora: Selbstverständlich, aber es bleibt doch noch ein deutliches Plus von einigen Millionen Euro übrig!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Wo steht das?

GR. Mag. Hora: Das steht in der Mitteilung vom Dezember, die sie erst gestern an uns alle ausgesandt haben!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Nein! Dann steckt ein Fehler in dieser Aussendung!

GR. Mag. Hora: Das nehme ich doch nicht an!

Ich ersuche also darum, in diesem Sinne unserem Dringlichkeitsantrag beizutreten.

GR. Mag. Springer: Also, wenn ich mir den Wortlaut so veranschauliche, muss ich sagen, dass für mein Dafürhalten nichts dagegen spricht, diesem Antrag zuzustimmen. Wie ich allerdings schon unter dem SPÖ-Antrag anmerkte, darf ich auch hier sagen, dass ich es eigentlich für eine Selbstverständlichkeit halte, die Belastungen einem permanenten Überprüfungsprozess zu unterziehen. Ich denke mir, es muss die Pflicht aller Städte bzw. aller Genossenschaften sein, permanent darauf zu schauen, dass keine überbeuerten Preise herauskommen. Die Dinge sollten kosten, was sie kosten müssen, aber nicht mehr oder weniger. Ich denke mir, diese Überprüfung bzw. das Achten auf solch einen permanenten Prozess ist sowieso Pflicht jeder Genossenschaft.

Ich werde jedenfalls diesem Antrag zustimmen.

Vzbgm. Hochhauser: Weil heute schon mehrmals die Wohnungsgenossenschaften, insbesondere die Welser Heimstättengenossenschaft, angesprochen wurden, darf ich doch aufklärend etwas sagen, denn ich habe das Gefühl, als ob manche gar nicht genau wissen, was hier gemeint ist. Mir kommt vor, manche argumentieren mit gewissen Dingen, ohne genau zu wissen, was wirklich dahintersteht.

Tatsache ist, dass der Verwaltungsaufwand, um den es ja heute schon mehrmals ging, nicht mehr als 2 Prozent der gesamten Miete ausmacht. Wenn man also beispielsweise darüber diskutiert, dass der Verwaltungsaufwand gesenkt werden müsse, so muss man auch wissen, von welchen Ziffern dabei die Rede ist, die sich auf die Miete auswirken.

Ich pflichte dem Kollegen Springer insofern bei, wenn er sagt, dass natürlich jede Genossenschaft danach trachten muss, insgesamt sparsam umzugehen. Sie werden aber sicher alle wissen, dass gerade die Wohnbaugenossenschaften in Österreich zu jenen Institutionen gehören, die am meisten geprüft werden. Es prüft das Finanzamt und die Gebietskrankenkasse genauso wie der Revisionsverband oder das Amt der

Landesregierung als Aufsichtsbehörde. All die Grundsätze, nämlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, werden mehrmals im Jahr penibelst hinterfragt sowie mit öffentlichen Prüfberichten versehen. Somit denke ich mir, dass die Genossenschaften schon aufgrund dieser laufenden Prüfungen ihre Hausaufgaben sehr genau erfüllen.

Es fehlt allerdings etwas, und das ist schon ein Manko in der Gesetzgebung. Man hat bei der seinerzeitigen Beschlussfassung über die Wohnbauförderung wahrscheinlich die mögliche Tragweite der Zinsenstaffelung etwas außer Acht gelassen. Darüber wurde heute schon diskutiert. Wenn es dann in den Jahren 2011, 2012 und später fast zu einer Verdoppelung der Rückzahlungsraten kommt, so muss man wirklich von enormen Belastungen reden, die sich auf die Mieterinnen und Mieter niederschlagen würden. Deshalb gibt es bei uns und auch anderswo Anträge zu diesem Thema.

Insgesamt glaube ich, dass hinsichtlich der Belastung der Mieter der Handlungsbedarf nicht bei der Stadt Wels allein gegeben ist. Es mag zwar sein, dass wir die eine oder andere Position in geringem Umfang korrigieren können, aber der Hauptteil des Handlungsbedarfs betrifft sicher das Land Oberösterreich, und zwar einerseits als Gesetzgeber, wobei es ja schon mit der Wohnbauförderung 2005 eine abgeänderte Form der Annuitätenzuschüsse gibt, das heißt, diese gestaffelten fünfjährigen Rückzahlungsräume gibt es nicht mehr, sondern vielmehr ein lineares Anwachsen der Rückzahlungsbeträge, was natürlich zu einer spürbaren Erleichterung bei den Wohnungsmieten führen wird. Betroffen in Oberösterreich sind über 30.000 und in Wels rund 3.000 Wohnungen, die nach den alten Kriterien gefördert wurden und hier gilt es anzusetzen, denn da spielt sich diese soziale Dramatik ab, von der schon die Rede war.

Ein zweiter Aspekt, über den heute noch nicht diskutiert wurden, ist jener, dass bis vor rund 10 bis 15 Jahren bei Gewährung einer Wohnbeihilfe – das ist jene Unterstützung des Landes Oberösterreich, die gewährleisten soll, dass das Wohnen kostenmäßig einigermaßen verträglich gestaltet werden kann – auch die Betriebskostenanteile berücksichtigt wurden. Diese sind aber seit gut 10 Jahren weggefallen und damit hat sich die Situation bei den Wohnungsmieten natürlich verschärft. Die Belastung wird damit noch prekärer.

Ich denke mir also, dass es ein sehr beschränktes Handlungsfeld gibt, was die Stadt Wels anbelangt oder die eigene Genossenschaft, andererseits wird man wohl am wirkungsvollsten seitens des Landes Oberösterreich ansetzen können.

GR. Dr. Rabl: Ich finde, das waren eigentlich wohltuende Worte, denn so wie ich die Dinge sehe, hat nun Vizebürgermeister Hochhauser die Dinge doch mehr ins rechte Licht gesetzt. Man muss also ganz klar sagen, dass der hier vorliegende Antrag insgesamt unausgereift ist.

Wenn der Kollege Springer meinte, dass es sowieso passieren müsste, dass die Genossenschaften äußerst sparsam mit den Mitteln umgehen bzw. dass sie nur das weiterverrechnen dürften, was wirklich an Belastungen vorhanden ist, so gibt ihm sein Hausverstand darin sicher Recht bzw. steht es ja auch im Gesetz in dieser Weise drin. Es ist ja alles gesetzlich festgelegt, was man unter den Betriebskosten versteht und was nicht. Und genauso ist gesetzlich festgelegt, was höchstens an Verwaltungskostenbeiträgen eingehoben werden darf etc. Wenn also jemand meint, es sollten irgendwelche Maßnahmen gesetzt werden, damit es zu einer Senkung der Betriebs-

kosten kommt, dann ist das eigentlich unsinnig, weil ja sowieso nicht mehr verrechnet werden darf, als an Ausgaben vorhanden ist oder was laut Gesetz den Genossenschaften zusteht.

Kryptisch ist ja der Antrag in Zusammenhang mit den Lösungsvorschlägen. Es steht zwar groß drinnen, dass Maßnahmen gesetzt werden sollten, die sofort betriebswirtschaftlich wirksam werden, aber welche Maßnahmen damit konkret gemeint sind, das steht nirgends. Gerade von Herrn Professor Hora hätte ich mir erwartet, dass er als ausgewiesener Experte in diesem Bereich Maßnahmen in der Richtung vorschlägt, wie man das konkret angehen könnte. Das ist allerdings in keiner Weise geschehen.

Wir sind somit insgesamt gesehen nicht in der Lage, diesem Antrag unsere Zustimmung zu geben.

Der Dinglichkeitsantrag (Anlage 4) wird bei

9 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
und 24 Stimmenthaltungen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass nunmehr die Tagesordnung zusammen mit den Dringlichkeitsanträgen erschöpft ist und er unterbricht sodann den offiziellen Teil der Gemeinderatssitzung zwecks Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 16.43 bis 16.47 Uhr erklärt der Bürgermeister mit Dank für die Mitarbeit und mit dem Wunsch auf einen schönen Abend die heutige Sitzung des Gemeinderates für beendet.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: